

Schriften zum Strafrecht

Band 292

**Die Kontrolle von E-Mails und
sonstigen elektronischen Dokumenten
im Rahmen unternehmensinterner
Ermittlungen**

**Eine straf- und datenschutzrechtliche Untersuchung
unter Berücksichtigung von Auslandsbezügen**

Von

Tamina Preuß



Duncker & Humblot · Berlin

TAMINA PREUSS

Die Kontrolle von E-Mails und sonstigen
elektronischen Dokumenten im Rahmen
unternehmensinterner Ermittlungen

Schriften zum Strafrecht

Band 292

Die Kontrolle von E-Mails und sonstigen elektronischen Dokumenten im Rahmen unternehmensinterner Ermittlungen

Eine straf- und datenschutzrechtliche Untersuchung
unter Berücksichtigung von Auslandsbezügen

Von

Tamina Preuß



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg
hat diese Arbeit im Jahre 2015 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2016 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Berlin
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany
ISSN 0558-9126
ISBN 978-3-428-14762-5 (Print)
ISBN 978-3-428-54762-3 (E-Book)
ISBN 978-3-428-84762-4 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2015 von der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten für die Druckfassung größtenteils noch bis September 2015 Berücksichtigung finden.

Ganz besonderer Dank gebührt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Frank Peter Schuster, Mag. iur., der mir ermöglicht hat, meine Arbeit neben der Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl zu erstellen, mir die notwendigen Freiheiten hierfür ließ und gleichzeitig jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stand. Auch möchte ich mich bei Prof. Dr. Dr. Eric Hilgendorf für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens bedanken.

Weiter werde ich das gute Arbeitsklima, die fachlichen Diskussionen und auch die heiteren Stunden mit den Kolleginnen und Kollegen am Würzburger Lehrstuhl für Internationales Strafrecht stets in positiver Erinnerung behalten.

Meinem Bruder Dipl. iur. Mikola Preuß danke ich herzlich für die umfassenden Korrekturarbeiten und inhaltlichen Anregungen. Besonderer Dank gilt auch meinen Eltern Ulrike und Siegfried Preuß angesichts ihrer umfassenden Unterstützung, ohne die mein Promotionsvorhaben überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Würzburg, im März 2016

Tamina Preuß

Inhaltsverzeichnis

Einführung	35
-------------------------	----

1. Teil

Grundlagen	40
-------------------------	----

A. Unternehmensinterne Ermittlungen	40
I. Ermittlende Personen	41
II. Die einzelnen Ermittlungsmaßnahmen	43
III. Der Anlass unternehmensinterner Ermittlungen	45
IV. Motive für unternehmensinterne Ermittlungen	46
V. Typischer Ablauf	51
VI. Zusammenhang mit Compliance	54
B. Grundsätzliche Zulässigkeit privater Sachverhaltsaufklärungen	57
I. Zulässigkeit privater Ermittlungen im Allgemeinen	57
1. Zivilrechtliche Ermittlungen	58
2. Strafrechtliche Ermittlungen	59
a) Im Vorfeld oder nach Abschluss eines Strafverfahrens	59
b) Neben dem Strafverfahren	59
aa) Ermittlungen des Beschuldigten	60
bb) Ermittlungen des Verletzten	63
3. Zusammenfassung	70
II. Zulässigkeit unternehmensinterner Ermittlungen im Besonderen	70
C. Bedeutung der Kontrolle von E-Mails und sonstigen elektronischen Dokumenten	73

2. Teil

Verstöße gegen Strafnormen des StGB	77
--	----

A. Verletzung des Post- oder Fernmeldegeheimnisses, § 206 StGB	78
I. Strafbarkeit des Arbeitgebers	78
1. Inhaber eines Unternehmens, das geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt	79
a) Begriffsbestimmung	79
b) Einordnung des Arbeitgebers bei Verbot und Erlaubnis privater Nutzung	83

aa)	Abgrenzung von dienstlicher und privater Nutzung	83
bb)	Einordnung des Arbeitgebers bei verbotener privater Nutzung	86
cc)	Einordnung des Arbeitgebers bei erlaubter privater Nutzung	89
(1)	Rechtsprechung	90
(2)	Literatur	93
(3)	Zusammenfassung	106
c)	Regelungsmöglichkeiten des Arbeitgebers	106
aa)	Ausdrückliche Regelung	107
bb)	Konkludente Regelung	109
cc)	Regelung durch betriebliche Übung	112
(1)	Entstehungsvoraussetzungen und Folgen der betrieblichen Übung	112
(2)	Private Internet- und E-Mail-Nutzung als Gegenstand einer betrieblichen Übung	115
dd)	Fehlende Regelung	123
ee)	Regelung bei Betriebsübergang	126
d)	Reichweite des Fernmeldegeheimnisses bei Mischnutzung	126
e)	Zusammenfassung	129
2.	Tatbestandsvarianten	130
a)	Mitteilung einer dem Post- oder Fernmeldegeheimnis unterliegenden Tatsache, § 206 Abs. 1 StGB	131
aa)	Tatsachen	131
bb)	Dem Post- oder Fernmeldegeheimnis unterliegend	132
(1)	Grundsätzliche Einordnung von E-Mails und sonstigen elektronischen Dokumenten	132
(2)	Kein Ausschluss bei Missbrauch des Fernmeldegeheimnisses	134
(3)	Differenzierung nach Speicherungsphase und -ort der E-Mails	134
(a)	Technische Unterschiede beim Einsatz verschiedener E-Mail-Systeme	135
(b)	Anwendbarkeit des Fernmeldegeheimnisses in den unterschiedlichen Speicherungsphasen	137
(aa)	Strafprozessuale Reichweite des Fernmeldegeheimnisses	137
(bb)	Materiell-rechtliche Reichweite des Fernmeldegeheimnisses	147
(cc)	Zusammenfassung	152
cc)	Als Inhaber bekannt gewordene Tatsache	152
dd)	Einer anderen Person Mitteilung machen	155
b)	Öffnen einer zur Übermittlung anvertrauten und verschlossenen Sendung oder Kenntnisverschaffung auf sonstige Weise, § 206 Abs. 2 Nr. 1 StGB	156

aa) Sendung	157
bb) Verschlussen	159
cc) Zusammenfassung	160
c) Gestatten oder Fördern einer Handlung nach § 206 Abs. 1 oder Abs. 2 Nr. 1, 2 StGB, § 206 Abs. 2 Nr. 3 StGB	160
d) Zusammenfassung	161
3. Gestattung durch den Betroffenen	161
a) Einordnung der Gestattung in den Deliktsaufbau	162
aa) Grundsätzliche Einordnung der Gestattung	162
bb) Einordnung der Gestattung der Verletzung des Fernmelde- geheimnisses	165
cc) Zusammenfassung	167
b) Voraussetzungen der Gestattung	168
aa) Dispositionsbefugnis über das betroffene Rechtsgut	168
(1) Disponibilität des Rechtsguts	168
(2) Erforderlichkeit einer Einwilligung aller am Kommuni- kationsvorgang beteiligten Personen	173
(a) Meinungsstand	173
(b) Stellungnahme	177
bb) Gegenstand der Einwilligung	179
cc) Erklärung der Gestattung	179
dd) Beachtlichkeit von Formerfordernissen	181
(1) Auswirkungen von Formverstößen auf die Wirksamkeit der Einwilligung	181
(2) Verstöße gegen die Formvorschriften aus § 4a BDSG und § 94 TKG	182
ee) Berücksichtigung AGB-rechtlicher Unwirksamkeit	185
ff) Freiheit von Willensmängeln sowie Freiwilligkeit	188
gg) Möglichkeit einer Gestattung der Totalüberwachung	190
hh) Maßgeblicher Zeitpunkt	191
c) Zusammenfassung	192
4. Rechtswidrigkeit	193
a) Rechtfertigungsgründe nach dem TKG	193
aa) Zweckgebundene Verwendung von Kenntnissen, § 88 Abs. 3 S. 2 TKG	193
bb) Vorrang der Nichtanzeige geplanter Straftaten, § 88 Abs. 3 S. 4 TKG i. V. m. § 138 StGB	194
cc) Erhebung von Verkehrsdaten nach §§ 96 ff. TKG	195
(1) Entgeltermittlung und Entgeltabrechnung, § 97 TKG	197
(2) Störungen und Fehler an Telekommunikationsanlagen und Missbrauch von Telekommunikationsdiensten, § 100 TKG	198
dd) Technische Schutzmaßnahmen, § 109 TKG	202
ee) Zusammenfassung	203

b)	Allgemeine Rechtfertigungsgründe	203
aa)	Anwendbarkeit der allgemeinen Rechtfertigungsgründe	203
(1)	Meinungsstand	204
(2)	Stellungnahme	206
bb)	Die allgemeinen Rechtfertigungsgründe im Einzelnen	210
(1)	Notwehr, § 32 StGB	210
(2)	Selbsthilfe, § 229 BGB	214
(3)	Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB	215
(4)	Mutmaßliche Einwilligung	219
(5)	Rechtfertigende Pflichtenkollision	220
cc)	Zusammenfassung	223
c)	Rechtfertigung durch Betriebsvereinbarungen	223
d)	Rechtfertigung durch Gewohnheitsrecht	227
e)	Rechtfertigung durch § 32 Abs. 1 S. 2 BDSG	228
aa)	Subsidiarität des BDSG, § 1 Abs. 3 S. 1 BDSG	229
bb)	Sperrwirkung des § 88 Abs. 3 S. 3 TKG	229
cc)	Anwendbarkeit der datenschutzrechtlichen Rechtfertigungsgründe auf Strafnormen aus dem StGB	230
dd)	Zusammenfassung	232
f)	Rechtfertigung durch Wahrnehmung berechtigter Interessen nach § 193 StGB analog	233
g)	Rechtfertigung durch Grundrechte des Arbeitgebers	236
h)	Rechtfertigung durch Verwirkung	238
i)	Zusammenfassung	239
5.	Irrtumskonstellationen	239
a)	Tatbestandsirrtum	240
b)	Unvermeidbarer Verbotsirrtum	242
aa)	Annahme, nicht Inhaber eines geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringenden Unternehmens zu sein	242
bb)	Annahme einer Kontrollbefugnis	250
c)	Zusammenfassung	251
6.	Beachtlichkeit von Mitbestimmungsrechten des Betriebsrats	251
a)	Voraussetzungen und Folgen eines Mitbestimmungsrechtes nach § 87 BetrVG	252
b)	Mögliche Mitbestimmungsrechte bei der Kontrolle von E-Mails	256
c)	Strafrechtliche Beachtlichkeit von Mitbestimmungsrechten	261
7.	Zusammenfassung	261
II.	Strafbarkeit interner und externer Ermittler	262
1.	Strafbarkeit als Täter	262
a)	Beschäftigter eines geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringenden Unternehmens, § 206 Abs. 1 Alt. 2 StGB	262
b)	Aufsichtswahrnehmung über das Unternehmen, § 206 Abs. 3 Nr. 1 StGB	263

c) Betrauung mit dem Erbringen von Telekommunikationsdiensten, § 206 Abs. 3 Nr. 2 StGB	264
d) Betrauung mit Serviceeinrichtungen, § 206 Abs. 3 Nr. 3 StGB ..	264
e) Zusammenfassung	264
2. Strafbarkeit als Teilnehmer	265
a) Anstiftung, § 26 StGB	265
b) Beihilfe, § 27 Abs. 1 StGB	266
c) Akzessorietätslockerung nach § 28 StGB	266
aa) Täterqualifikation des § 206 StGB als besonderes persönliches Merkmal	267
bb) Strafschärfende oder strafbegründende Wirkung der Täterqualifikation des § 206 StGB	269
cc) Obligatorische Strafmilderung nach § 28 Abs. 1 StGB i. V.m. § 49 Abs. 1 StGB	270
3. Zusammenfassung	271
B. Verstoß gegen Strafnormen zum Schutz des Geheimhaltungsinteresses	271
I. Verletzung des Briefgeheimnisses, § 202 Abs. 1 StGB, oder der Vertraulichkeit des Wortes, § 201 StGB	272
II. Ausspähen von Daten, § 202a Abs. 1 StGB	273
1. Daten	273
2. Zugang verschaffen	275
3. Nicht für den Täter bestimmt	276
a) Inhaber der Verfügungsberechtigung	276
aa) Bestimmung des Inhabers der Verfügungsberechtigung	277
(1) Kriterium des Eigentums am Datenträger	277
(2) Kriterium der inhaltlichen Betroffenheit	278
(3) Kriterium des berechtigten Geheimhaltungsinteresses ..	279
(4) Kriterium der Urheberschaft	280
(5) Kriterium der Kenntnis des Passworts	280
(6) Kriterium des Skripturaktes	280
(7) Ergänzende Kriterien	282
(a) Kombination des Kriteriums des Datenträgereigen- tums mit dem des Skripturaktes	282
(b) Kriterien der förderlichen und der direkten Beteili- gung	283
(8) Zusammenfassung	284
bb) Verfügungsberechtigung im Arbeitsverhältnis	284
(1) Unterscheidung zwischen dienstlichen und privaten Dateien	284
(2) Verfügungsberechtigung bei dienstlichen Dateien	285
(3) Verfügungsberechtigung bei privaten Dateien	286
(4) Schwierigkeiten bei der Abgrenzung privater und dienstlicher Dateien und bei Mischnutzung	287
b) Der Wille des Verfügungsberechtigten	287

4. Gegen unberechtigten Zugang besonders gesichert	288
a) Sicherung über das allgemeine Benutzerpasswort	290
b) Einrichtung eines separaten Zugangsschutzes durch den Arbeit- nehmer	291
aa) Anforderungen an die besondere Zugangssicherung	292
bb) Verstecken von Dateien als besondere Zugangssicherung	294
cc) Datenverschlüsselung als besondere Zugangssicherung	295
c) Zusammenfassung	298
5. Unter Überwindung einer Zugangssicherung	298
6. Irrtumskonstellationen	299
7. Rechtswidrigkeit	300
8. Ergebnis und Konkurrenzen	300
III. Abfangen von Daten, § 202b StGB	300
IV. Vorbereiten des Ausspähens und Abfangens von Daten, § 202c StGB	307
1. Verschaffen von Passwörtern, § 202c Abs. 1 Nr. 1 StGB	308
2. Verschaffen von Computerprogrammen, § 202c Abs. 1 Nr. 2 StGB	308
3. Zusammenfassung	313
C. Weitere Strafbarkeiten nach dem StGB	314
I. Datenveränderung, § 303a Abs. 1 StGB	314
II. Computersabotage, § 303b StGB	319
III. Datenunterdrückung, § 274 Abs. 1 Nr. 2 StGB	321
IV. Strafvereitelung, § 258 Abs. 1 StGB	324
1. Strafvereitelung durch Löschung von Dateien	325
2. Nichtweitergabe von Untersuchungsergebnissen	327
V. Sonstige Begleitstrafbarkeiten	327
1. Amtsanmaßung, § 132 StGB	328
2. Untreue, § 266 Abs. 1 StGB	329

3. Teil

Verstöße gegen Gesetze aus dem Nebenstrafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht	336
A. Verstoß gegen Straf- und Bußgeldnormen des TKG	336
I. Ordnungswidrigkeit nach § 149 TKG	336
II. Strafbarkeit nach § 148 Abs. 1 TKG	337
1. Tauglicher Täter	337
2. Tatmodalitäten	338
a) Verstoß gegen das Abhörverbot aus § 89 S. 1 TKG	338
aa) Nicht für den Täter bestimmte Nachricht	338
bb) Abhören mit einer Funkanlage	341
b) Verstoß gegen das Mitteilungsverbot aus § 89 S. 2 TKG	344

3. Zusammenfassung	345
III. Zusammenfassung	345
B. Verstoß gegen Bußgeldnormen des TMG	345
I. Anwendungsbereich des TMG, § 1 TMG	346
II. Ordnungswidrigkeit nach § 16 TMG	347
III. Zusammenfassung	349
C. Verstoß gegen Straf- und Bußgeldnormen des BDSG	349
I. Anwendungsbereich des BDSG, § 1 BDSG	351
1. Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten ..	351
2. Stelle nach § 1 Abs. 2 Nr. 1–3 BDSG	358
3. Subsidiarität des BDSG, § 1 Abs. 3 S. 1 BDSG	359
II. Ordnungswidrigkeit nach § 43 Abs. 2 BDSG	359
1. Tauglicher Täter	360
2. Tatobjekt	360
3. Tathandlungen	361
4. Unbefugt	362
a) Rechtfertigung aufgrund anderer Rechtsvorschriften	362
aa) Betriebsvereinbarungen	363
bb) Rechtfertigungsgründe des StGB und OWiG	366
b) Rechtfertigungsgründe des BDSG	367
aa) Rechtfertigung nach § 32 BDSG	368
(1) Der Erlaubnistatbestand des § 32 Abs. 1 S. 1 BDSG ...	371
(2) Der Erlaubnistatbestand des § 32 Abs. 1 S. 2 BDSG ...	378
(a) Verdacht der Begehung einer Straftat im Beschäfti-	
gungsverhältnis	378
(b) Rechtfertigung präventiver Kontrollmaßnahmen ...	380
(c) Rechtfertigen von Kontrollmaßnahmen gegen	
unverdächtige Beschäftigte	383
(d) Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Daten-	
verwendung	383
(e) Einhaltung der Dokumentationspflicht	385
bb) Rechtfertigung nach § 28 BDSG	386
cc) Zusammenfassung	389
c) Einwilligung des Betroffenen	389
aa) Freie Entscheidung des Betroffenen	389
(1) Grundsätzliche Möglichkeit einer freien Entscheidung	
im Arbeitsverhältnis	390
(2) Möglichkeit einer freien Entscheidung bei Kontrollen	
im Rahmen unternehmensinterner Ermittlungen	393
(3) Verstoß gegen ein Koppelungsverbot	394
(4) Zusammenfassung	395
bb) Einwilligungsfähigkeit	395

cc) Mögliche Wirksamkeitshindernisse	395
(1) AGB-rechtliche Unwirksamkeit	396
(2) Verstoß gegen zwingende Schutznormen	397
(3) Rückgriff auf die gesetzlichen Erlaubnistatbestände bei deklaratorischer Einwilligung	397
(4) Verhältnis zwischen Einwilligung und Betriebsverein- barung	398
dd) Maßgeblicher Zeitpunkt	399
ee) Bestimmtheit der Einwilligung	401
ff) Formerfordernisse und Hinweispflichten	401
gg) Zusammenfassung	404
d) Informationspflichten nach § 4 Abs. 3 BDSG	404
e) Datenschutzrechtliche Beachtlichkeit von Mitbestimmungs- rechten	405
5. Irrtumskonstellationen	406
6. Höhe der Geldbuße	407
III. Strafbarkeit nach § 44 Abs. 1 BDSG	408
1. Begehung gegen Entgelt, Bereicherungs- oder Schädigungsabsicht	409
2. Strafantragserfordernis, § 44 Abs. 2 BDSG	411
3. Zusammenfassung	411
IV. Konkurrenzen	412
1. Zusammentreffen von § 43 Abs. 2 BDSG und § 44 Abs. 1 BDSG .	412
2. Zusammentreffen von § 43 Abs. 2 BDSG mit Straftaten des StGB .	412
3. Zusammentreffen von § 44 Abs. 1 BDSG mit Straftaten des StGB .	413
V. Zusammenfassung	414
D. Verstoß gegen Straf- und Bußgeldnormen der Landesdatenschutz- gesetze	415
E. Verstoß gegen Straf- und Bußgeldnormen des BetrVG	416
I. Ordnungswidrigkeit nach § 121 BetrVG	416
II. Strafbarkeit nach § 119 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG	417

4. Teil

Besonderheiten bei Sachverhalten mit Auslandsbezug	421
A. Sachverhalte mit Auslandsbezug	422
I. Kooperation mit den US-amerikanischen Ermittlungsbehörden	422
II. Vorlage von elektronischen Dokumenten im Rahmen eines „Pre-Trial Discovery“-Verfahrens	431
III. Kooperation mit den britischen Ermittlungsbehörden	443
B. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts	449

I.	Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts nach §§ 3–7, 9 StGB	450
II.	Schutzbereich der deutschen Straftatbestände	456
	1. Schutzbereich des § 202a StGB	458
	2. Schutzbereich des § 206 StGB	458
	3. Schutzbereich des § 44 Abs. 1 BDSG	459
	4. Zusammenfassung	460
III.	Zusammenfassung	460
C.	Anforderungen an die Übermittlung personenbezogener Daten ins Ausland nach dem BDSG	460
I.	Geltungsbereich des BDSG	461
II.	Zulässigkeit der Datenübermittlung nach dem BDSG	463
	1. Allgemeine datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Übermittlung	463
	2. Spezielle Anforderungen an die Übermittlung personenbezogener Daten ins Ausland, §§ 4b, 4c BDSG	467
	a) Übermittlung personenbezogener Daten ins Ausland nach § 4b BDSG	468
	aa) Datenübermittlungen innerhalb der EU und des EWR, § 4b Abs. 1 BDSG	468
	bb) Datenübermittlungen in Drittstaaten, § 4b Abs. 2 BDSG	469
	b) Datenübermittlung in Drittstaaten ohne angemessenes Datenschutzniveau nach § 4c BDSG	475
	aa) Ausnahmetatbestände, § 4c Abs. 1 BDSG	475
	(1) Einwilligung, § 4c Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BDSG	475
	(2) Übermittlung zur Wahrung eines wichtigen öffentlichen Interesses, § 4c Abs. 1 S. 1 Nr. 4 Alt. 1 BDSG	476
	(3) Übermittlung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen vor Gericht, § 4c Abs. 1 S. 1 Nr. 4 Alt. 2 BDSG	477
	bb) Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde, § 4c Abs. 2 BDSG	487
III.	Zusammenfassung	490

5. Teil

Reformbemühungen 491

A.	Gesetzliche Regelungsvorschläge für unternehmensinterne Ermittlungen	491
B.	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes	493
I.	Chronologischer Überblick	493
	1. Erste Reformbemühungen	493
	2. Erlass des § 32 BDSG als „Zwischenstadium“	495
	3. Fortführung und Stagnation der Reformbemühungen	496

II.	Wesentliche Neuerungen des Regierungsentwurfs vom 15.12.2010 . . .	500
1.	Inhaltlicher Überblick	501
2.	Auswirkungen auf die Kontrolle von E-Mails und sonstigen elektronischen Dokumenten	510
a)	Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung im Beschäftigungsverhältnis, §§ 32c, 32d BDSG-E	510
aa)	Kontrolle der laufenden Kommunikation	510
bb)	Kontrollen bereits abgeschlossener Kommunikationsvorgänge	511
	(1) Kontrollen mit Kenntnis der Beschäftigten	511
	(2) Kontrollen ohne Kenntnis der Beschäftigten	511
	(a) Datenerhebung	512
	(b) Datenverarbeitung und -nutzung	512
cc)	Kontrolle sonstiger elektronischer Dokumente	513
dd)	Zusammenfassung	513
b)	Datenerhebung ohne Kenntnis des Beschäftigten, § 32e BDSG-E	514
c)	Rechtfertigung durch Einwilligung des Betroffenen	517
d)	Rechtfertigung durch Betriebsvereinbarungen	520
e)	Nutzung von Telekommunikationsdiensten, § 32i BDSG-E	520
f)	Sanktionierung von Verstößen	521
g)	Zusammenfassung	522
C.	Entwurf einer EU-Datenschutz-Grundverordnung	522
I.	Rechtliche Wirkung und Rechtsschutzmöglichkeiten	524
II.	Europäisches Gesetzgebungsverfahren	527
III.	Wesentliche Neuerungen	531
1.	Inhaltlicher Überblick	531
2.	Auswirkungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung auf die nationalen Regelungen zum Beschäftigtendatenschutz	539
a)	Möglichkeit abweichender nationaler Regelungen durch die Öffnungsklausel aus Art. 82 Abs. 1 DS-GVO-E	540
b)	Vereinbarkeit des Regierungsentwurfs vom 15.12.2010 mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung	541
aa)	Weitgehender Ausschluss der Einwilligung, § 32l Abs. 1 BDSG-E	542
bb)	Nutzung von Telekommunikationsdiensten, § 32i BDSG-E	543
cc)	Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung ohne Kenntnis des Beschäftigten, § 32e Abs. 2, 5 S. 1 BDSG-E	543
c)	Auswirkungen auf die Kontrolle von E-Mails und sonstigen elektronischen Dokumenten nach aktueller Rechtslage	544
aa)	Rechtfertigung der Kontrolle von E-Mails und sonstigen elektronischen Dokumenten nach §§ 28, 32 BDSG	544
bb)	Rechtfertigung der Übermittlung personenbezogener Daten in Drittstaaten	545

cc) Der Arbeitgeber als Inhaber eines geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringenden Unternehmens i. S. d. § 206 Abs. 1 StGB	546
d) Zusammenfassung	547
Schlussbeurteilung und Ausblick	548
Literaturverzeichnis	551
Stichwortverzeichnis	648

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht
ABA JOURNAL	American Bar Association Journal (Zeitschrift)
Abb.	Abbildung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz; Absätze
Abschn.	Abschnitt
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AfP	Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AG	Aktiengesellschaft; Amtsgericht; Arbeitsgemeinschaft; Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz)
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb (Zeitschrift)
AK	Alternativkommentar
AktG	Aktiengesetz (Deutschland)
a. M.	am Main; andere Meinung
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt (Zeitschrift)
AO	Abgabenordnung
AP	Arbeitsrechtliche Praxis (Zeitschrift)
ArbeitsR	Arbeitsrecht
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbRAktuell	Arbeitsrecht Aktuell (Zeitschrift)
ArbRB	Arbeits-Rechtsberater (Zeitschrift)
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
ArchivPT	Archiv für Post und Telekommunikation (Zeitschrift)

AT	Allgemeiner Teil
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht (Zeitschrift)
AUB	Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger
AÜG	Gesetz zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz)
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AWV	Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V.
AZ	Aktenzeichen
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayDSG	Bayerisches Datenschutzgesetz
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBDI	Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
BCC	Blind Carbon Copy
BCLR	Boston College Law Review
BCR	Binding Corporate Rules (verbindliche Unternehmensregelungen)
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDatG	Gesetz zum Datenschutz im Beschäftigungsverhältnis (BT-Drucks. 17/69)
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BDSG-E	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes (BT-Drucks. 17/4230)
BeckEuRS	Beck online Rechtsprechung des EuGH, EuG (Gericht der Europäischen Union) und EuGöD (Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union)
BeckOK	Beck'scher Online Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer
Beil.	Beilage
Beschl.	Beschluss
Bespr.	Besprechung
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz

BfD	Bundesbeauftragter für den Datenschutz (Bezeichnung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit bis zum Inkrafttreten des Informationsfreiheitsgesetzes im Jahre 2006)
BfDI	Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz)
BITKOM	Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.
KA	Bundeskriminalamt
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BlnBDI	Berliner Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit
BlnDSG	Berliner Datenschutzgesetz
BMF	Bundesfinanzministerium
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (bis 17.12.2013 Bundesministerium der Justiz)
b+p	Zeitschrift für Betrieb und Personal
BPersVG	Bundespersonalvertretungsgesetz
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache
BremDSG	Bremisches Datenschutzgesetz
BSG	Bundessozialgericht
BT	Besonderer Teil
BT-Drs./BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz

BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BWHinwBDSG	Hinweise des Innenministeriums Baden-Württemberg zum Datenschutz für private Unternehmen und Organisationen
BYOD	„bring your own device“
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CB	Compliance Berater (Zeitschrift)
CC	Carbon Copy
CCC	Convention on Cybercrime (Cybercrime-Konvention)
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
C.D.Cal.	United States District Court for the Central District of California
CD-ROM	Compact Disc Read-Only Memory
CDU	Christliche Demokratische Union
CF	Computer Fachwissen (Zeitschrift)
chStGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch
Cir.	circuit
Co.	Compagnie
Corp.	corporation
CPS	Crown Prosecution Service
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
CRI	Computer Law Review International (Zeitschrift)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
CuA	Computer und Arbeit (Zeitschrift)
DAJV-NL	Newsletter der Deutsch-Amerikanischen Juristen-Vereinigung e.V.
DANA	Datenschutz Nachrichten (Zeitschrift)
DAV	DeutscherAnwaltVerein
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
ders.	derselbe
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DIN	Deutsches Institut für Normung e.V.
D. Kan.	District of Kansas
D.N.J.	District of New Jersey

DoJ	United States Department of Justice
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DPA	Data Protection Act 1998
Dpa	Deutsche Presse-Agentur GmbH
DRdA	Das Recht der Arbeit (österreichische Zeitschrift)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DS	Der Sachverständige (Zeitschrift)
DSB	Datenschutz-Berater (Zeitschrift)
DSG-BW	Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Landesdatenschutzgesetz von Baden-Württemberg)
DSG-NRW	Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen
DSG-RLP	Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz
DSG-SH	Schleswig-Holsteinisches Gesetz zum Schutz personenbezogener Informationen (Landesdatenschutzgesetz – LDSG –)
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DuD	Datenschutz und Datensicherheit (Zeitschrift)
DV	Datenverarbeitung
DVR	Datenverarbeitung im Recht (Zeitschrift)
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EBR	Europäische Betriebsräte
ecolex	ecolex – Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E-Discovery	Electronic Discovery
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EFZG	Gesetz über die Zahlung des Arbeitsentgelts an Feiertagen und im Krankheitsfall (Entgeltfortzahlungsgesetz)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG-Vertrag)
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung
EGZVG	Einführungsgesetz zu dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung
Einf.	Einführung
Einl./Einl.	Einleitung

EL	Ergänzungslieferung
E-Mail	electronic mail
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention (Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten)
EnBW	Energie Baden-Württemberg AG
endg.	endgültig
Erg.-Lfg.	Ergänzungslieferung
EStG	Einkommensteuergesetz
etc.	et cetera (und so weiter)
ETS	European Treaty Series (Veröffentlichungsreihe für die Konventionen des Europarates)
et. seq.	et sequens (und die folgende)
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EUZBBG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e. V.	eingetragener Verein
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f.	folgende(r) (Singular)
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht (Zeitschrift)
FAG	Gesetz über Fernmeldeanlagen (Fernmeldeanlagenengesetz)
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FAQ	Frequently Asked Questions
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FD-StrafR	Fachdienst Strafrecht
ff.	folgende (Plural)
FG	Festgabe
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote

fort.	fortgeführt
FRCP	Federal Rules of Civil Procedure
FS	Festschrift
FTEG	Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht (Zeitschrift)
GB	Gigabyte
gem.	gemäß
GenDG	Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen (Gendiagnostikgesetz)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH-Gesetz)
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GO-BT	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
GPS	Global Positioning System
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Grundrechte-Charta)
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil (Zeitschrift)
GS	Gedächtnisschrift
GVBl.	Gesetzes- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Gw.	Grundwerk
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
HaagÜbAusfG	Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen und des Haager Übereinkommens vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen
HBewÜ	Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen („Haager Beweisübereinkommen“)
HBÜ	<i>siehe</i> HBewÜ

HDSG	Hessisches Datenschutzgesetz
Hess. GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz)
HmbDSG	Hamburgisches Datenschutzgesetz
HRRS	Online-Zeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber(in)
HS.	Halbsatz
I.C.C.L.R.	International Company and Commercial Law Review
i. d. R.	in der Regel
i. E.	im Ergebnis
i. e. S.	im engeren Sinn
IFRS	International Financial Reporting Standards
i. H. v.	in Höhe von
IMAP	Internet Message Access Protocol
Inc.	Incorporated
IntVG	Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Integrationsverantwortungsgesetz)
IP	Internet Protocol
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
i. S. d.	im Sinne der/des
ISO/IEC	Information technology – Security techniques – Information security management systems – Requirements
i. S. v.	im Sinne von
IT	Informationstechnik
ITRB	Der IT-Rechtsberater (Zeitschrift)
IuK	Informations- und Kommunikationstechnik
iur	Informatik und Recht (Zeitschrift)
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JB	Jahresbericht
J.B.L.	Journal of Business Law

JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
jurisPR-ArbR	juris PraxisReport Arbeitsrecht (Zeitschrift)
jurisPR-ITR	juris PraxisReport IT-Recht (Zeitschrift)
jurisPR-StrafR	juris PraxisReport Strafrecht (Zeitschrift)
JurPC Web-Dok	Internet-Zeitschrift für Rechtsinformatik und Informationsrecht
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht (Bezeichnung für das Oberlandesgericht Berlin)
KK	Karlsruher Kommentar
KMR	Kleinknecht/Müller/Reitberger (StPO-Kommentar)
KPMG	Klynveld, Peat, Marwick, Goerdeler (Netzwerk von Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen)
K&R	Kommunikation und Recht (Zeitschrift)
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LAG	Landesarbeitsgericht
LAN	Local Area Network (lokales Netzwerk)
LArbG	Landesarbeitsgericht
LDSG	Landesdatenschutzgesetz
Lfg.	(Ergänzungs)Lieferung
LG	Landgericht
lit.	litera
LK	Leipziger Kommentar
Ltd.	Limited Company
LTO	Legal Tribune Online (Online-Zeitschrift)
MAH	Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
MDStV	Staatsvertrag über Mediendienste (Mediendienste-Staatsvertrag)
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)
MPC	Model Penal Code (Musterstrafgesetzbuch)
MR-Int	Medien und Recht International (Zeitschrift)
MschKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform (Zeitschrift)

MTA	Mail Transfer Agent
MUA	Mail User Agent
MüKo	Münchener Kommentar
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NASDAQ	National Association of Securities Dealers Automated Quotations
NDSG	Niedersächsisches Datenschutzgesetz
n. F.	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
NK	Nomos Kommentar
No.	Number
Nr./Nrn.	Nummer(n)
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungs-Report
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report
NWB	NWB Steuer- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
NYSE	New York Stock Exchange
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungs-Report
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht
OECD	Organisation de coopération et de développement économiques (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
o. g.	oben genannte(r/n)
OLG	Oberlandesgericht
OStA	Oberstaatsanwalt/-anwältin
öStGB	Österreichisches Strafgesetzbuch
OVG	Oberverwaltungsgericht

OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (Ordnungswidrigkeitengesetz)
PC	Personal Computer
PersV	Die Personalvertretung (Zeitschrift)
PHi	Haftpflicht international – Recht & Versicherung (Zeitschrift)
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
POP3	Post Office Protocol Version 3
PostG	Postgesetz
PR	Public Relations (Öffentlichkeitsarbeit)
ProstG	Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (Prostitutionsgesetz)
RAGE	Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RDV	Recht der Datenverarbeitung (Zeitschrift)
RdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft (Zeitschrift)
ReWir	Recklinghäuser Beiträge zu Recht und Wirtschaft
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer(n)
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
RStV	Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag)
RTkom	Zeitschrift für das gesamte Recht der Telekommunikation
RVG	Gesetz über die Vergütung von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten (Rechtsanwaltsvergütungsgesetz)
s./S.	siehe; Satz; Seite(n)
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen (Zeitschrift)
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren – German Arbitration Journal (German Arb. J.)
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen (Justizministerialblatt)
S.D.N.Y.	Southern District of New York
SEC	Securities and Exchange Commission
Sect.	Section
SFO	Serious Fraud Office
SigG	Gesetz über Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen (Signaturgesetz)
SIM	subscriber identity module (Teilnehmer-Identitätsmodul)
SK	Systematischer Kommentar

SMS	Short Message Service (Kurznachrichtendienst)
SMTP	Simple Mail Transfer Protocol
SOA	Sarbanes-Oxley Act
sog.	so genannte(r/n/s)
SOX	Sarbanes-Oxley Act
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StraFo	Strafverteidiger Forum (Zeitschrift)
StrÄndG	Strafrechtsänderungsgesetz
StRR	StrafRechtsReport (Zeitschrift)
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
sublit.	sublitera
SubsProt	2. Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit (ABl. Nr. C 310/207 v. 16.12.2004)
SZ	Süddeutsche Zeitung
SZW/RSDA	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzmarktrecht
TDDSG	Gesetz über den Datenschutz bei Telediensten (Teledienstedatenschutzgesetz)
TDG	Gesetz über die Nutzung von Telediensten (Teledienstegesetz)
TDSV	Telekommunikations-Datenschutzverordnung
ThürDSG	Thüringer Datenschutzgesetz
TK	Telekommunikation
TKG	Telekommunikationsgesetz
TKG-RegE	Regierungsentwurf eines Telekommunikationsgesetzes (TKG) (BT-Drucks. 15/2316)
TKGuaÄndG	Gesetz zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen (BGBl. I S. 958)
TKÜ	Telekommunikationsüberwachung
TMG	Telemediengesetz
Ts.	Taunus
u. a.	und andere; unter anderem
UBS AG	Schweizer Großbank
UK	United Kingdom (Vereinigtes Königreich)
UK-BA/UKBA	UK Bribery Act
ULD	Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein

UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz)
Urt.	Urteil
US/U.S.	United States (Vereinigte Staaten)
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
USB	Universal Serial Bus
USC/U.S.C.	United States Code
USSG	United States Federal Sentencing Guidelines
u. U.	unter Umständen
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	von; vom
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz)
v. d.	von dem
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
V-Leute	Vertrauensleute
VO	Verordnung
VOL/A-EG	Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen im Anwendungsbereich der Richtlinie 2004/18/EG
Vorb./Vorbem.	Vorbemerkungen
vs.	versus
VuR	Verbraucher und Recht (Zeitschrift)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WaffG	Waffengesetz
W.D.N.Y.	Western District of New York
WiJ	Journal der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung e. V.
WiKG	Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
WIPO	World Intellectual Property Organization (Weltorganisation für geistiges Eigentum)
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WLAN	Wireless Local Area Network (drahtloses lokales Netzwerk)
WM	Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WP	Working Paper(s)

WPA	Wi-Fi Protected Access (Verschlüsselungstechnik für Drahtlosnetzwerk)
WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel (Wertpapierhandelsgesetz)
WPO	Gesetz über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung)
Yale LJ Pocket Part	The Yale Law Journal Pocket Part (Online-Zeitschrift)
ZAT	Zeitschrift für Arbeitsrecht und Tarifpolitik in Kirche und Caritas
z. B.	zum Beispiel
ZCG	Zeitschrift für Corporate Governance
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfPR	Zeitschrift für Personalvertretungsrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRFC	Zeitschrift Risk, Fraud & Compliance
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZTR	Zeitschrift für Tarifrecht
zugl.	zugleich
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZWH	Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Einführung

Der Begriff der unternehmensinternen Ermittlungen ist spätestens seit der „Siemens-Affäre“¹ in den Fokus der Öffentlichkeit² und der juristischen Fachdiskussion³ gerückt. Bezeichnet wird hiermit eine aus den USA stammende⁴, in Deutschland relativ neue Form der privaten Sachverhaltsermittlung innerhalb von Unternehmen, die sich durch ihre systematische, an staatsanwaltschaftliche Ermittlungen angelehnte Vorgehensweise von sonstigen privaten Ermittlungen unterscheidet. Charakteristisch sind darüber hinaus die Hinzuziehung externer Personen, wie Rechtsanwälten und Wirtschaftsprüfern, und die Kooperation mit den staatlichen Ermittlungsbehörden. Unternehmensinterne Ermittlungen stellen die „repressive Facette der Compliance“⁵ dar und dienen vielfach als „zweckmäßiges Instrument des Krisenmanagements“⁶, welches bei im Unternehmen begangenen Gesetzes- oder Regelverstößen die gegen das Unternehmen gerichteten Sanktionen und die damit verbundenen Reputationsverluste minimieren soll⁷.

Beispielsweise wurden im Fall der Siemens AG⁸ in den Jahren 2006 bis 2008 parallel zu einem laufenden Ermittlungsverfahren in enger Kooperation mit der Staatsanwaltschaft München I umfangreiche unternehmensinterne Ermittlungen aufgrund von Korruptionsvorwürfen durchgeführt. Da die Siemens AG als an der US-Börse, dem New York Stock Exchange (NYSE), gelistetes Unternehmen dem Foreign Corrupt Practices Act (FCPA) – einem

¹ Vgl. z.B. SZ v. 17.05.2010, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/korruption-die-siemens-affaere-eine-bilanz-1.143087> (zuletzt abgerufen am 07.10.2013).

² *Bittmann/Molkenbur*, wistra 2009, 373 (373); *Nestler*, in: *Knierim/Rübenstahl/Tsambikakis*, Kap. 1 Rn. 24; *J. Wagner*, CCZ 2009, 8 (8).

³ *Knauer/Buhlmann*, AnwBl 2010, 387 (387); *Litzka*, WiJ 2012, 79 (79).

⁴ *W.-T. Böhm*, S. 88; v. *Hehn/W. Hartung*, DB 2006, 1909 (1909); *Nestler*, in: *Knierim/Rübenstahl/Tsambikakis*, Kap. 1 Rn. 5; *Rödiger*, S. 23; *J. Wagner*, CCZ 2009, 8 (8); *Wehnert*, StraFo 2012, 253 (255).

⁵ *Momsen*, ZIS 2011, 508 (511). Vgl. zum Begriff und zum Verhältnis unternehmensinterner Ermittlungen zu Compliance S. 54 ff.

⁶ *Momsen*, ZIS 2011, 508 (511).

⁷ Ausführlich zur Begriffsbestimmung und zu den Motiven S. 40 ff.

⁸ Zum Ganzen Pressemitteilung der Siemens AG v. 15.12.2008, <http://www.siemens.com/press/pool/de/events/2008-12-PK/summary-d.pdf> (zuletzt abgerufen am 02.03.2014). Vgl. auch *M. Jahn*, StV 2009, 41; *Knauer/Buhlmann*, AnwBl 2010, 387; *Rödiger*, S. 1 ff., 215 ff., 229 ff.; *Wastl/Litzka/Pusch*, NStZ 2009, 68.

Bundesgesetz der USA, welches u. a. Bestechungsdelikte unter Strafe stellt – unterliegt, wurden die unternehmensinternen Ermittlungen durch ausländische Behörden angestoßen. Dies sind die US-amerikanische Wertpapieraufsicht Securities and Exchange Commission (SEC) und das Justizministerium der USA, das United States Department of Justice (DoJ)⁹. Während die SEC die zivilrechtliche Ahndung von Verstößen gegen den FCPA übernimmt, kann sich das DoJ einschalten, wenn es um die strafrechtliche Verfolgung geht. Durchgeführt wurden die Untersuchungen, die nach dem Selbstverständnis der Siemens AG nicht nur der Ermittlung verantwortlicher Einzelpersonen, sondern auch der Verbesserung der internen Kontrollsysteme dienen sollten, durch die international tätige Anwaltskanzlei Debevoise & Plimpton LLP („Debevoise“), welche das Vertrauen der SEC genießt und zuvor noch keine wesentlichen Aufgaben für die Siemens AG übernommen hatte. „Debevoise“ wurde mandatiert, „eine unabhängige und umfassende Untersuchung vorzunehmen“¹⁰ und beauftragte ihrerseits in Abstimmung mit der Siemens AG die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH („Deloitte“) mit der Durchführung von Ermittlungsaufgaben. Die Ermittlungsteams, die u. a. aus früheren US-Staatsanwälten bestanden¹¹, führten „Interviews“ sowie informelle Gespräche mit Siemens-Mitarbeitern und anderen Personen, durchforschten elektronische und schriftliche Dokumente, analysierten Finanztransaktionen und kontrollierten Bankbelege, was zu Ermittlungskosten von insgesamt 553 Millionen Euro führte. Die Ermittlungsergebnisse wurden an die Staatsanwaltschaft München I sowie die SEC und das DoJ weitergegeben¹². Sowohl im Bußgeldbescheid der Staatsanwaltschaft als auch seitens der amerikanischen Behörden wurde die Durchführung der Internal Investigation sanktionsmildernd berücksichtigt¹³.

Die praktische Relevanz von „Internal Investigations“ in Deutschland hat in den letzten Jahren stetig zugenommen und wird aller Wahrscheinlichkeit nach weiter ansteigen¹⁴. Im Jahre 2011 verfügten sechzehn der zwanzig umsatzstärksten deutschen Unternehmen über Systeme zur Durchführung

⁹ Vgl. ausführlich zur Zusammenarbeit mit den US-amerikanischen Ermittlungsbehörden S. 422 ff.

¹⁰ Pressemitteilung der Siemens AG v. 15.12.2008, <http://www.siemens.com/press/pool/de/events/2008-12-PK/summary-d.pdf>, S. 3 (zuletzt abgerufen am 02.03.2014).

¹¹ *M. Jahn*, StV 2009, 41 (41).

¹² *Rödiger*, S. 233 f. unter Bezugnahme auf eine telefonische Auskunft der OStA Hildegard Bäuml-Hösl.

¹³ Pressemitteilung der Siemens AG v. 15.12.2008, <http://www.siemens.com/press/pool/de/events/2008-12-PK/summary-d.pdf>, S. 8 f. (zuletzt abgerufen am 02.03.2014); Pressemitteilung des DoJ v. 15.12.2008, <http://www.justice.gov/opa/pr/2008/December/08-crm-1105.html> (zuletzt abgerufen am 29.11.2013).

¹⁴ *Wisskirchen/Glaser*, DB 2011, 1392 (1392); *Wybitul*, BB 2009, 606 (611).

von unternehmensinternen Ermittlungen¹⁵. „Internal Investigations“ werden mittlerweile auch in kleinen und mittelständischen Unternehmen praktiziert¹⁶.

Negative Publizität erlangten die unternehmensinternen Ermittlungen durch die als „Datenschutzskandale“ bekannt gewordenen Gesetzesverstöße bei Untersuchungen innerhalb zahlreicher deutscher Großunternehmen. Beispielsweise wurden bei der Deutschen Bahn AG¹⁷ zwecks Korruptionsbekämpfung im Rahmen eines sog. Datenscreenings die Kontodaten der Beschäftigten durch eine externe Sicherheitsfirma mit denen der Zulieferer abgeglichen, um Scheingeschäfte zu ermitteln. Zudem wurde durch die Konzernsicherheit zeitweise der E-Mail-Verkehr sämtlicher Beschäftigter, denen ein E-Mail-Anschluss am Arbeitsplatz zur Verfügung stand, auf Kontakte zu Journalisten und Konzernkritikern überwacht. Weitere „Datenschutzskandale“ ereigneten sich u.a. bei der Handelskette Lidl¹⁸, der Drogeriekette Müller¹⁹, der Deutschen Bank AG²⁰ und der Deutschen Telekom AG²¹.

¹⁵ Nestler, in: Knierim/Rübenstahl/Tsambikakis, Kap. 1 Rn. 37.

¹⁶ Wisskirchen/Glaser, DB 2011, 1392 (1392).

¹⁷ Vgl. Diller, BB 2009, 438; Ehleben/Schirge/Seipel, AiB 2009, 192; Kock/Francke, NZA 2009, 646; Steinkühler, BB 2009, 1294. Zu den datenschutzrechtlichen Konsequenzen vgl. S. 349 ff.

¹⁸ Hier wurden systematische Mitarbeiterkontrollen vorgenommen, im Rahmen derer Personalräume und -toiletten videoüberwacht und Detektive eingesetzt wurden, was zu Bußgeldern i. H. v. 1.462.000 Euro gegen die 35 Lidl-Vertriebsgesellschaften führte, vgl. Pressemitteilung der Aufsichtsbehörde für Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich des Innenministeriums Baden-Württemberg v. 11.09.2008, www.datenschutzzentrum.de/presse/20080911-bw-lidl-bussgeldverfahren.pdf (zuletzt abgerufen am 24.01.2016). Vgl. auch Ehleben/Schirge/Seipel, AiB 2009, 192; Oberwetter, NZA 2008, 609.

¹⁹ Bei der Handelskette Müller wurden den Mitarbeitern unzulässige Fragen über Gesundheitsdaten gestellt, die Antworten in den Personalakten gespeichert und archiviert; zudem fehlte es an der Bestellung von betrieblichen Datenschutzbeauftragten, vgl. Pressemitteilung der Aufsichtsbehörde für Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich des Innenministeriums Baden-Württemberg v. 11.01.2010; SZ v. 17.05.2010, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/drogeriekette-mueller-wer-schnueffelt-musszahlen-1.59570> (zuletzt abgerufen am 02.10.2013).

²⁰ In diesem Fall sollen die Kommunikationsdaten der Mitarbeiter mit denen von Journalisten abgeglichen worden sein; dies löste neben staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen auch eine unternehmensinterne Untersuchung aus, die mit Hilfe der Anwaltskanzlei Cleary Gottlieb Steen & Hamilton durchgeführt wurde, vgl. Der Spiegel 39/2009, S. 76, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/bespitzelung-von-mitarbeitern-deutsche-bank-schnueffelte-per-rasterfahndung-a-650064.html> (zuletzt abgerufen am 02.03.2014).

²¹ Hier wurden die Telefonverbindungsdaten von Führungskräften durch ein Beraterunternehmen ausgewertet, um möglicherweise nach § 404 AktG strafbare Kon-